Bildungsbüro der Stadt Nürnberg im Rahmen des Pilotvorhabens Kommunales Programm Deutschspracherwerb

Befragung zur Sprach- und Weiterbildung von Bürgerinnen und Bürgern, die aus Rumänien zugewandert sind

Stand 9. November 2021

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung 2

2 Methodik und Befragungszeitraum 3

3 Befragungsteilnehmende 4

4 Deutschkenntnisse 8

5 Erwerbstätigkeit 11

6 Kontakt zu Beratungsstellen, Vereinen und Migrantenorganisationen 19

7 Fazit und Handlungsempfehlungen 23

1 Einleitung

Die Nürnberger Stadtbevölkerung ist stark durch Zuwanderung von Menschen mit im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen geprägt.[1] Daraus ergeben sich besondere Anforderungen an die Bildungslandschaft. Um die Potentiale einer vielfältigen Stadtgesellschaft bestmöglich zu fördern, müssen die Bildungsinstitutionen vor Ort so aufgestellt sein, dass migrationsspezifische Kompetenzen wahrgenommen und eingesetzt sowie Bildungsbenachteiligungen schnell und nachhaltig ausgeglichen werden. Dabei geht es einerseits um die Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen etwa aus Ländern, in denen es kein duales Berufsausbildungssystem gibt. Andererseits bringen zugewanderte Menschen oft besondere Kompetenzen und Fähigkeiten mit wie Mehrsprachigkeit oder spezifische Fachkenntnisse.

Um die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in die Bildungslandschaft bestmöglich zu fördern, müssen zahlreiche Gewerke sinnvoll ineinandergreifen. Das beginnt bei einer Bildungsberatung, die weiß, wo und wie sie die Menschen erreicht und was sie brauchen, und führt hin zur sprachsensiblen Durchführung von Abschlussprüfungen.

Beinahe banal wirkt die Feststellung, dass das Erlernen der deutschen Sprache eine Schlüsselfunktion in diesem Prozess der Bildungsintegration einnimmt. Mit dem Pilotvorhaben Kommunales Programm Deutschspracherwerb (KPDe) geht die Stadt Nürnberg neue Wege zur systematischen Verbesserung der Sprachbildung vor Ort. Neben städtisch finanzierten Sprachkursen für Menschen, deren Sprachbildungsbedarf vonseiten des Bundes nicht gedeckt wird, spielen eine breit angelegte und proaktive Sprachbildungsberatung, die Koordinierung aller Akteure und eine wissenschaftliche Betrachtung von Angeboten und Bedarfen eine zentrale Rolle im Programm.

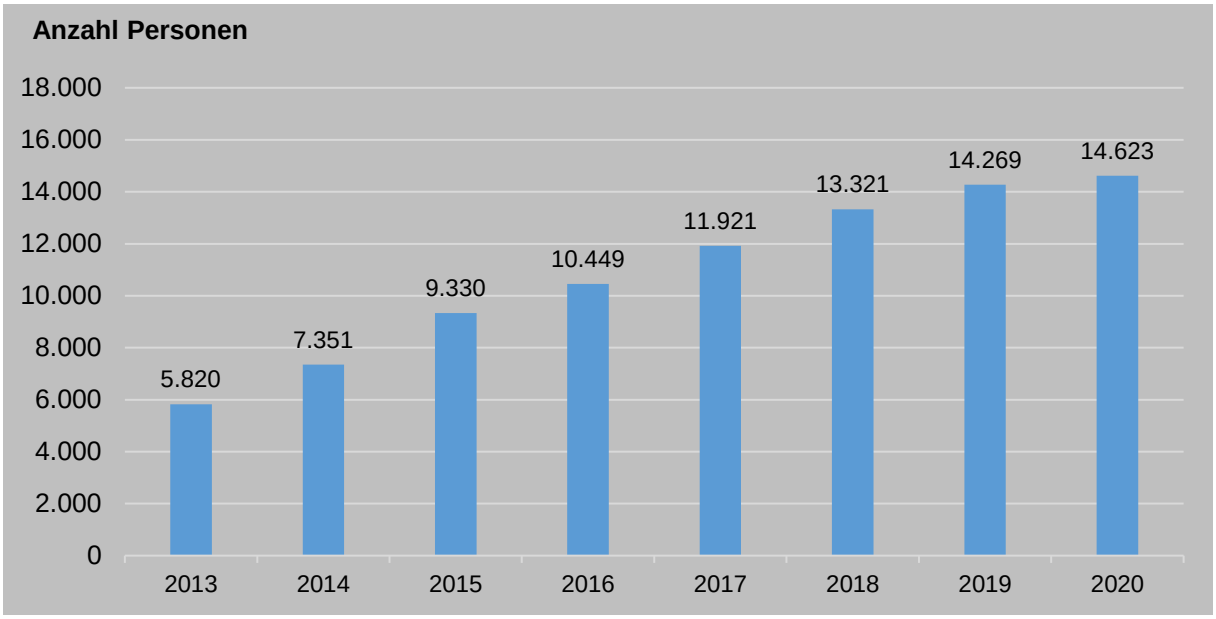
In diesem Rahmen legt der Bericht fundierte empirische Ergebnisse zur Analyse der Bildungs- und Sprachbildungssituation von Menschen vor, die aus Rumänien zugewandert sind. Die exemplarische Fokussierung will die spezifischen Bedarfe und Ressourcen einer Herkunftsgruppe in den Blick nehmen, die aufgrund ihrer quantitativen Größe eine herausgehobene Bedeutung in Nürnberg hat.

[1] Siehe dazu: Stadt Nürnberg (2018): Teilbericht I: Bildung von Neuzugewanderten.

2 Methodik und Befragungszeitraum

Nicht allein die absolute Zahl der Bürgerinnen und Bürger mit rumänischer Zuwanderungsgeschichte in Nürnberg unterstreicht das Gewicht dieser Gruppe; auch die Dynamik der Zuwanderungsentwicklung legte es nahe, Nürnbergerinnen und Nürnbergern mit diesem Herkunftsland besondere Aufmerksamkeit zu widmen. 2014 erhielten Menschen mit rumänischem und bulgarischem Pass die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU. Wie **Abbildung 1** zeigt, ist die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner mit rumänischer Staatsangehörigkeit von 2013 bis 2020 um 151,3 Prozent angewachsen. Mit 14.623 Personen stellt die rumänische hinter der türkischen die zweitgrößte nichtdeutsche Staatsangehörigkeit in Nürnberg dar.

Abb. 1: Rumänische Bevölkerung in Nürnberg, 2013 bis 2020



Anmerkungen: Einwohnerinnen und Einwohner mit Hauptwohnsitz; Stand ist jeweils der 31.12.2020

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Einwohnermelderegister.

Die Befragung erfolgte von Januar 2021 bis März 2021 im Nachgang zu einer Informationsveranstaltung in rumänischer Sprache zum Thema Bildungsintegration, welche ebenfalls im Rahmen des Pilotvorhabens KPDe durchgeführt wurde. Für die Erhebung wurde ein standardisierter Online-Fragebogen genutzt, der sowohl in deutscher als auch in rumänischer Sprache aufgerufen werden konnte. Durch den zweisprachigen Fragebogen wurde gewährleistet, dass Personen unabhängig von ihren Deutschkenntnissen teilnehmen konnten. 87,6 Prozent wählten für den Fragebogen die rumänische Sprache aus. Der Link zur Befragung wurde über zahlreiche Kanäle, insbesondere über die sozialen Medien verbreitet und die Teilnahme beworben. Unterstützt haben das rumänische Konsulat, mehrere Migrantenorganisationen und einzelne private Multiplikator/-

innen mit rumänischer Zuwanderungsgeschichte, Kultur(förder)vereine, Bildungs- und Beratungseinrichtungen sowie Radio Z. Ihnen allen sei an dieser Stelle vielmals gedankt.[2]

Aufgrund der Zugangswege und der daraus folgenden nicht-zufälligen Auswahl der Stichprobe handelt es sich hier um eine nicht-repräsentative Befragung. Es können also keine Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit „Zugewanderte aus Rumänien" gezogen werden. Wohl aber können Hinweise auf Kompetenzen der Zugwanderten gegeben sowie Hürden von Sprach-(Bildung) und Arbeitsmarktintegration und damit Handlungsbedarfe sichtbar gemacht werden.

3 Befragungsteilnehmende

An der Befragung haben 461 Personen teilgenommen. Die Zuordnung der Befragten als Personen mit rumänischer Zuwanderungsgeschichte erfolgte aufgrund des eigenen Zugehörigkeitsempfindens. Inwiefern die Menschen einen rumänischen oder einen deutschen Pass besitzen, kann daraus nicht geschlossen werden.

Wohnort

Rund zwei Drittel der Befragten wohnten in Nürnberg. Durch die Bewerbung der Befragung mittels der sozialen Medien wurden auch Menschen aus anderen Kommunen erreicht. Sie kamen Großteils aus der Europäischen Metropolregion Nürnberg, die zum erweiterten Einzugsgebiet der Stadt gehört.[3]

Geschlecht

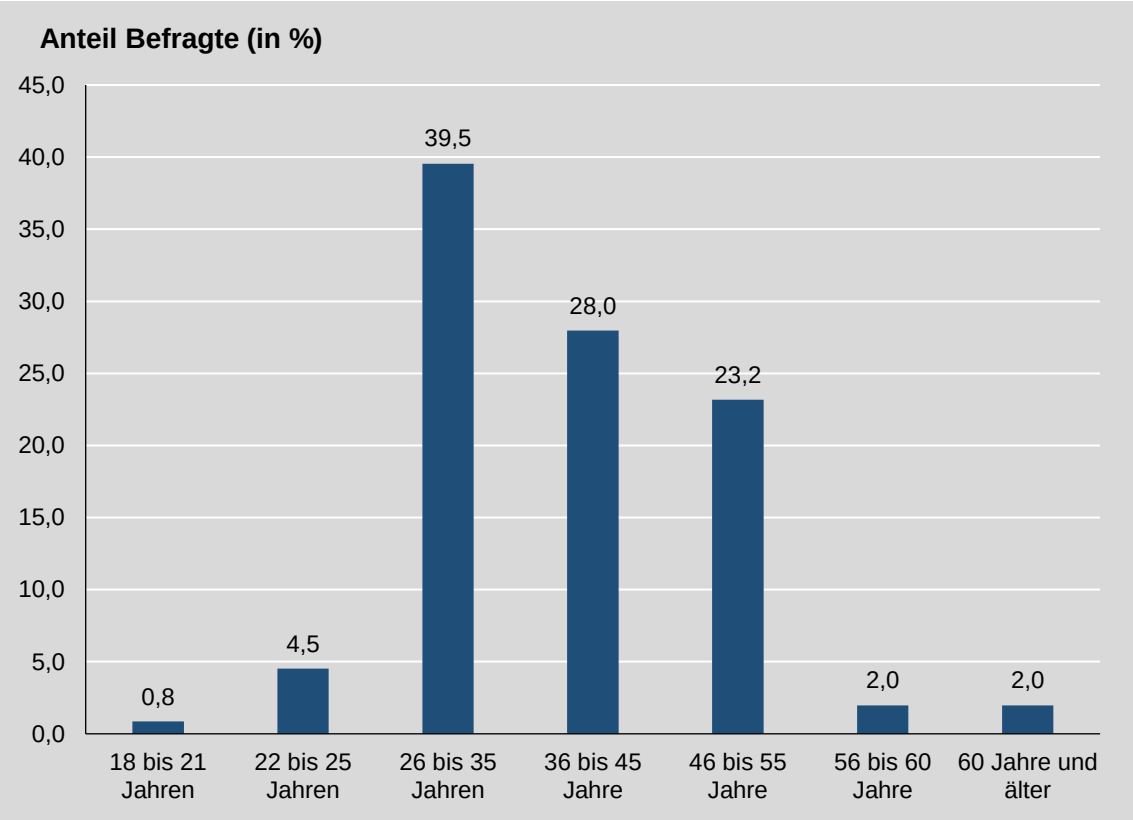
Auffällig ist, dass zwei Drittel (67,6 Prozent) der Befragungsteilnehmenden Frauen waren. Knapp die Hälfte der Befragten geben an, im Haushalt gemeinsam mit Kindern zu leben. Zumeist haben die Befragten ein bis zwei Kinder (87,0 Prozent). Eine nähere Betrachtung der Situation von Frauen in der Bildungsforschung ist relevant, da häufig geschlechtsspezifische Hürden (z.B. fehlende Kinderbetreuungsangebote) eine Teilnahme an Sprachkursen, Weiterbildungen oder eine Arbeitsmarktintegration erschweren. Besonders prekär stellt sich dabei häufig die Lage von Alleinerziehenden dar. 17 Personen (4,4 Prozent) geben an, alleinerziehend zu sein.

[2] Unser besonderer Dank geht auch an Ionela van Rees-Zota, Marius Hanganu und Sven Zemlenyi für ihre Unterstützung bei der Erstellung des Fragebogens und für die Übersetzung.
[3] Nur 2,5 Prozent der Befragten kamen nicht aus der Europäischen Metropolregion Nürnberg. In den folgenden Analysen werden auch Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit einbezogen, die nicht in Nürnberg wohnen.

Alter

Die Antworten stammten überwiegend (etwa 90 Prozent) von Erwachsenen zwischen 26 und 55 Jahren (**Abb. 2**). Für die Frage der Sprachbildung oder einer beruflichen Weiterbildung bzw. Berufsanerkennung ist gerade diese Gruppe im erwerbsfähigen Alter von besonderem Interesse.

Abb. 2: Alter der Befragten



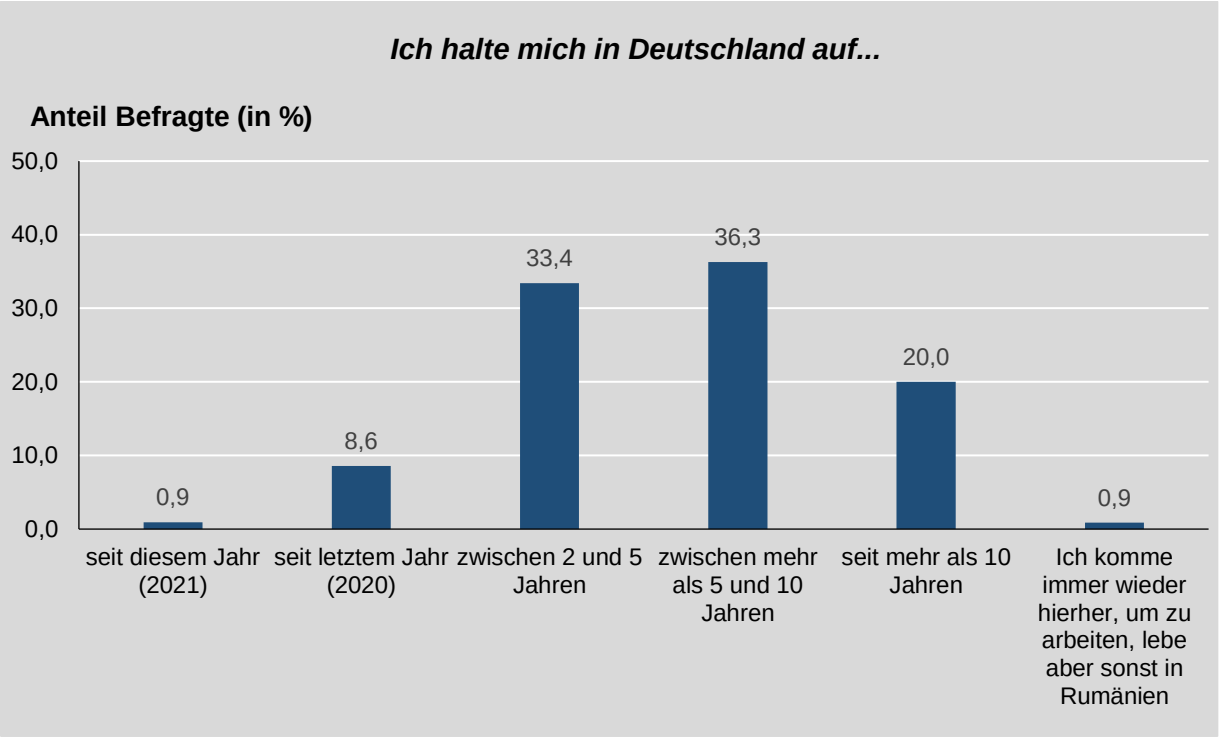
Quelle: Eigene Erhebung; n=354.

Aufenthaltsdauer

15,2 Prozent der Befragten lebten bereits länger als zehn Jahre in Deutschland und weitere 25,4 Prozent zwischen zwei und fünf Jahren (**Abb. 3**). Je länger die Menschen hier wohnen, desto wahrscheinlicher ist eine Einbürgerung, sofern sie nicht beispielsweise als Spätaussiedler/-innen ohnehin über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügen. Außerdem sind sie bereits seit vielen Jahren in der deutschen Bildungslandschaft sozialisiert. Häufig wird davon ausgegangen, dass mit längerem Aufenthalt auch Bildungs- und Sprachintegration voranschreiten. Dabei darf aber nicht außer Acht gelassen werden, dass nach wie vor Zugangshürden zu Bildungsangeboten bestehen und sich die Bildungslandschaft für Zugewanderte nicht immer transparent darstellt.

9,5 Prozent der Befragten sind erst im Jahr 2021 oder im Vorjahr eingewandert[4]. Dadurch ließ sich auch die Situation von Menschen betrachten, die noch mit dem Quereinstieg in die Nürnberger Bildungslandschaft, zum Beispiel in einen Sprachkurs, eine Anpassungsfortbildung oder eine Qualifizierung, oder in den Arbeitsmarkt beschäftigt sind.

Abb. 3: Aufenthaltsdauer



Quelle: Eigene Erhebung; n=350.

Bildungsstand

Ein besonders wichtiger Aspekt für die Einordnung der Studienergebnisse ist der Bildungsstand der Befragten. Der Großteil der Befragungsteilnehmenden hatten ihre Bildungs- und Berufsabschlüsse in Rumänien gemacht, einige aber auch in Deutschland oder einem anderen Land.

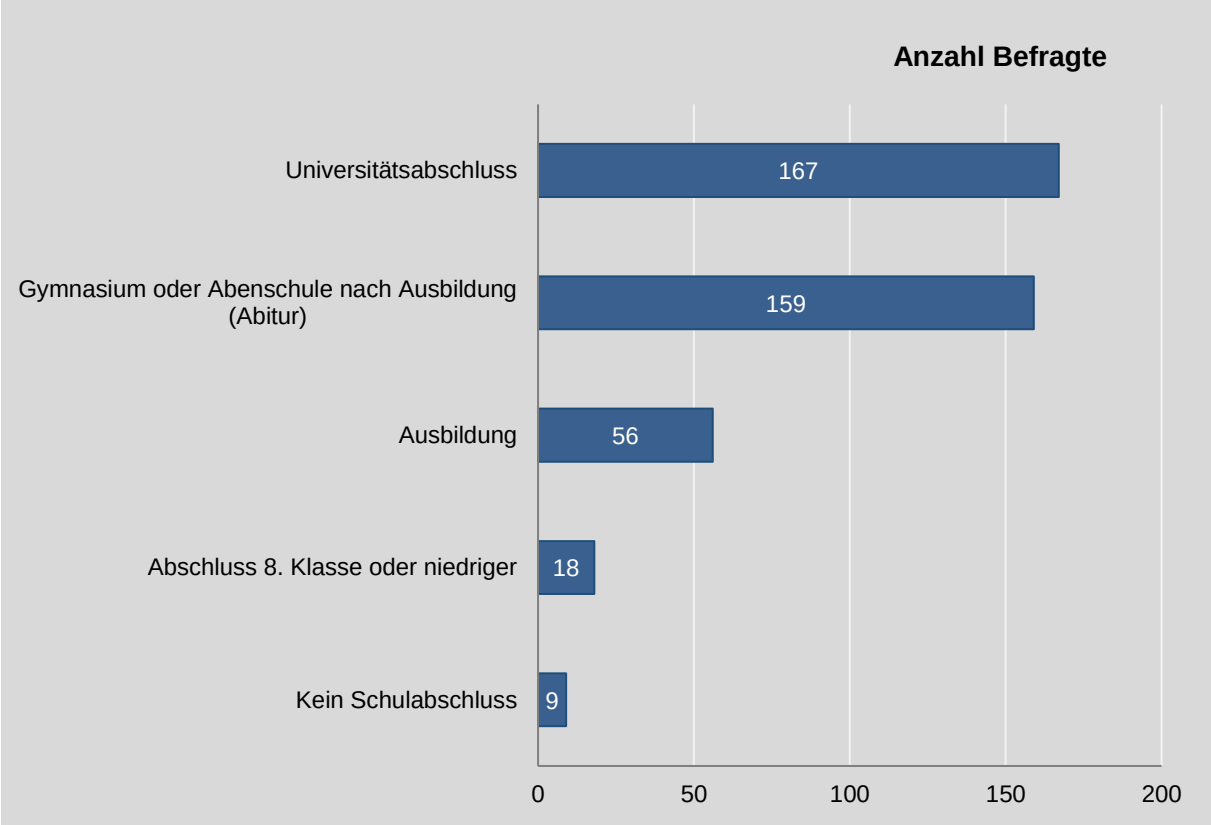
In Rumänien erworbene Abschlüsse

79,3 Prozent der Befragungsteilnehmenden weisen ausschließlich rumänische Bildungsabschlüsse vor, hatten in Deutschland also keine zusätzliche allgemeinbildende Qualifikation erlangt.[5] Werden die in Rumänien erworbenen Bildungsabschlüsse näher betrachtet, wird deutlich, dass die Befragten insgesamt ein sehr hohes Bildungsniveau aufweisen (**Abb. 4**). 38,9 Prozent von ihnen kamen bereits

[4] An der hier vorliegenden Stichprobe hat keine signifikante Anzahl an Saisonarbeitskräften teilgenommen, wodurch im Folgenden zu dieser Gruppe keine Aussagen getroffen werden können.
[5] 299 Personen machten Angaben dazu, ob sie außerhalb Rumäniens einen Abschluss erworben haben.

mit Fachhochschul- oder Hochschulreife[6] nach Deutschland und weitere 40,8 Prozent hatten schon vor Zuzug einen Universitätsabschluss erworben.[7] 13,7 Prozent hatten in Rumänien eine Ausbildung absolviert, 4,4 Prozent einen Abschluss bis zur 8. Klasse[8] und 2,2 Prozent waren ohne Schulabschluss.

Abb. 4: In Rumänien erworbene Bildungsabschlüsse



Quelle: Eigene Erhebung; n = 409.

Außerhalb Rumäniens erworbene Abschlüsse

Nur 62 Personen gaben an, außerhalb Rumäniens einen Abschluss erworben zu haben. Der Großteil von ihnen (90,0 Prozent) hatte aber bereits zuvor einen Abschluss in Rumänien gemacht und sich dann im Ausland lediglich weiterqualifiziert. Auffällig war auch unter diesen Personen das hohe Qualifikationsniveau, das sie schon aus Rumänien mitgebracht hatten. Schon vor der Zuwanderung besaßen 91,0 Prozent mindestens (Fach-)Abitur und 48,2 Prozent sogar einen (Fach-) Hochschulabschluss. Eine weitere Qualifikation außerhalb Rumäniens erwarben vor allem Personen, die bereits bei Einreise hochqualifiziert (Gymnasium oder Hochschulabschluss) waren. Von diesen schon bei der Einreise hochqualifizierten Befragten erwarben 25 (61,0 Prozent) einen tertiären und 10

[6] Gymnasium (Abitur) oder Abendschule nach Ausbildung (Abitur).
[7] Das hohe Qualifikationsniveau lässt vermuten, dass die Befragung über die sozialen Medien überproportional ein gut gebildetes Publikum erreicht hat.
[8] Sonderschulabschluss, Hauptschulabschluss/Volksschulabschluss 4. Klasse oder Abschluss 8. Klasse.

Personen (24,4 Prozent) einen beruflichen Abschluss in Deutschland.[9] Nur 12,8 Prozent der zusätzlichen Abschlüsse wurden von Personen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen gemacht.[10]

Dabei gaben von den Befragten, die einen zusätzlichen Abschluss außerhalb Rumäniens erworben hatten, nur 21 Personen konkret an, diesen in Deutschland gemacht zu haben, gefolgt von Moldawien (6 Personen) und mehreren EU-Ländern.[11] Bei den Abschlüssen, die in Deutschland erworben wurden, handelte es sich überwiegend um Ausbildungs- bzw. Hochschulabschlüsse.

Gerade weil ein Großteil der Befragten die Abschlüsse nicht in Deutschland erworben hat, ist die Frage nach deren Anerkennung in Deutschland von großer Bedeutung. Daneben lohnt es sich einen Blick darauf zu werfen, ob die vielen hochqualifizierten Rumäninnen und Rumänen ausbildungsadäquat beschäftigt sind.

4 Deutschkenntnisse

Für eine gelingende gesellschaftliche Integration ist ein schnelles Erlernen der deutschen Sprache ausschlaggebend. Mit dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER)[12] wurde ein Maßstab für den Erwerb von Sprachkenntnissen geschaffen, auf den sich auch in der Befragung bezogen wird. Der GER unterteilt in drei grundlegende Level, die wiederum jeweils in zwei Stufen untergliedert werden: Level A steht für elementare, B für selbstständige und C für kompetente Sprachverwendung. Im Falle der rumänischen Bevölkerung muss dabei für einen Teil der Zugewanderten mitbedacht werden, dass es sich um rumäniendeutsche Aussiedlergruppen – Siebenbürgen Sachen und Banater Schwaben – handelt, deren Muttersprache häufig deutsch ist. Außerdem wird in rumänischen Schulen zum Teil Deutsch als Fremdsprache gelehrt.

Sprachstand

Mit 57,6 Prozent gab der Großteil der Befragten (**Abb. 5**) an, die deutsche Sprache mindestens auf B1-Niveau oder höher zu beherrschen. Das fortgeschrittene Sprachniveau B1 entspricht dem Lernziel der Integrationskurse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Auch für die Einbürgerung[13] wird in

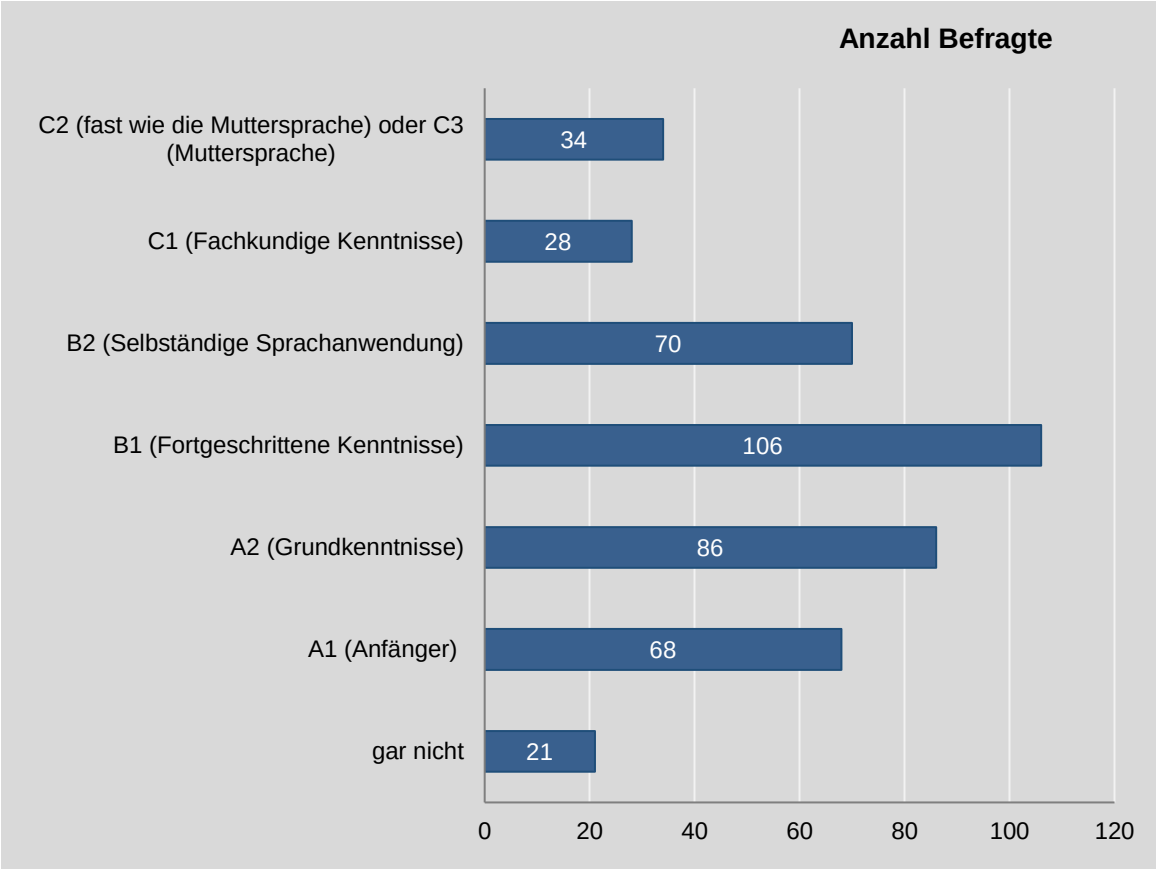
[9] Die übrigen sechs Befragten, die mit einem hohen Abschluss einreisten, erwarben einen Abschluss in der Sekundarstufe II (wie bspw. (Fach-)Abitur.
[10] Bei den Personen, die in Rumänien niedrige Abschlüsse erworben haben, lassen sich aufgrund der niedrigen Fallzahl keine Rückschlüsse ziehen.
[11] Zehn Personen gaben den Ort nicht an und weitere 19 Personen gaben widersprüchliche Informationen.
[12] vgl. Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen für Sprachen, URL: https://www.europaeischer-referenzrahmen.de/ (zuletzt geprüft am 25.5.2021).
[13] vgl. Deutscher Bundestag (2018): Ausreichende Sprachkenntnisse bei der Einbürgerung, URL: wd-3-288-18-pdf-data.pdf (bundestag.de) (zuletzt geprüft am 28.9.2021)

der Regel das „Zertifikat Deutsch“ benötigt, welches die selbstständige Anwendung der deutschen Sprache in mündlicher wie schriftlicher Form bestätigt und dem B1-Niveau entspricht.

37,3 Personen der Befragten schätzten ihre Sprachkenntnisse auf Niveau A ein, 21 Personen (5,1 Prozent) gaben an, bisher keine Sprachkenntnisse erworben zu haben.[14] Hier handelt es sich überwiegend um Personen, die seit weniger als fünf Jahren in Deutschland lebten. Damit hatten über 40 Prozent der Befragten ein niedriges oder sehr niedriges Sprachniveau, was eine große Hürde für eine gelingende Integration in Alltag, Beruf oder Bildungssystem darstellt.

Insgesamt stellte sich der Sprachstand also sehr heterogen dar, etwas mehr als die Hälfte der Teilnehmenden wies gute bis sehr gute Deutschkenntnisse auf, während für die andere Hälfte der Befragten deutliche Bedarfe zu erkennen waren.

Abb. 5: Deutschkenntnisse



Quelle: Eigene Erhebung; n = 413.

[14] Diese Angaben beruhen auf Selbsteinschätzungen. Vor allem bei Menschen, die noch keinen Sprachkurs besucht haben und infolgedessen auch noch nie von Fachpersonal getestet wurden, können die Einschätzungen bei faktisch gleicher Sprachkompetenz stark unterschiedlich ausfallen. Es kann angenommen werden, dass die Angaben umso genauer sind je höher das Niveau ist, da nach einem Kursbesuch dem/r Teilnehmenden meist das erreichte Niveau bekannt ist.

Während in vielen anderen Zuwanderungsgruppen Frauen beim Deutschspracherwerb eher größere Probleme haben, vor allem, wenn sie aufgrund der familiären Situation und Rollenaufteilung seltener einen Sprachkurskurs besuchen können, zeigte sich diese Tendenz bei den Teilnehmenden der Befragung nicht. Auch das Alter der Befragten hatte keinen Einfluss auf den Sprachstand.

Mit der Dauer des Aufenthalts in Deutschland hatten anteilig mehr Befragte auch höhere Deutschkenntnisse angegeben. Dabei lebten nahezu 60 Prozent der Teilnehmenden, die Deutsch auf C-Niveau sprachen, länger als zehn Jahre in Deutschland und nur 13,5 Prozent weniger als fünf Jahre.

Dennoch wird auch hier deutlich, dass ein langer Aufenthalt in Deutschland nicht automatisch den Erwerb von Deutschkenntnissen mit sich bringt. So lebten mehr als ein Drittel der Befragten, die angeben, ein niedriges Deutschsprachniveau (A oder niedriger) zu besitzen, schon mehr als fünf Jahre in Deutschland. Damit gaben über ein Viertel derjenigen, die länger als fünf Jahre in Deutschland lebten an, Deutsch nur auf einem niedrigen Sprachniveau zu beherrschen. Personen, die schon länger als zehn Jahre in Deutschland beheimatet waren, schätzten hingegen nur sehr selten ihr Sprachniveau als niedrig ein.

Insgesamt hatten Personen mit steigendem Bildungsabschluss durchschnittlich höhere Deutschkenntnisse. Allerdings hatten 62,0 Prozent der Personen mit einem in Rumänien erworbenen Universitätsabschluss Deutschkenntnisse auf B1-Niveau oder niedriger, obwohl es sich hier um eine Personengruppe handelt, die viel Erfahrung mit formalem Lernen machte.

Sprachkursbesuch

43,2 Prozent der Befragten (162 Personen) gaben an, bisher keinen Deutschkurs besucht zu haben. Dennoch schätzte von ihnen circa ein Drittel ihr Deutsch als gut (B-Niveau) oder sehr gut (C-Niveau) ein. Dies erklärt sich einerseits durch eine lange Aufenthaltsdauer und ein in der Regel hohes Bildungsniveau, ist andererseits aber auch darauf zurückzuführen, dass es sich zum Teil um Spätaussiedler/-innen handelt, die Deutsch als Muttersprache sprechen, oder um Personen, die in einer rumänischen Schule Deutsch gelernt haben. Der Besuch von Deutschkursen außerhalb des Schulsystems in Rumänien spielte bei den Befragten nur eine untergeordnete Rolle. Nur 6,7 Prozent der Befragten besuchten einen solchen Kurs vor der Zuwanderung.

Sehr wichtig waren hingegen Deutschkurse, die in Deutschland besucht wurden oder werden. Über die Hälfte (51,5 Prozent) der Befragten gab an, hier an einem oder mehreren Kursen teilgenommen zu haben. Über 60 Prozent von ihnen hatten diesen selbst bezahlt, ein deutlicher Hinweis auf die hohe Motivation der Zugewanderten. Daneben wurden kostenfreie Kurse zum Spracherwerb genutzt. Diese

waren einerseits vom Bund geförderte Kurse, z.B. Integrationskurse[15], andererseits existiert in Nürnberg ein breites Angebot an niedrigschwelligen Kursen, die häufig kostenlos sind.[16]

Motivation und Kursbesuch führten nachweisbar zum Erfolg beim Deutschspracherwerb. Nahezu zwei Drittel (65,8 Prozent) der Befragten, die einen kostenlosen Kurs besucht hatten, schätzten ihre Sprachkenntnisse auf das Niveau B1 oder höher ein. Unter denjenigen, die als Selbstzahler/-innen an einem Kurs teilgenommen hatten, waren es sogar mehr als drei Viertel (76,0 Prozent). Dagegen erreichte diese höheren Sprachniveaus nur circa ein Drittel (35,7 Prozent) der Befragten, die keinen Kurs besucht hatten.

Insgesamt hatten mit 52 Prozent mehr Männer als Frauen (37,5 Prozent) keinen Sprachkurs besucht. 87,9 Prozent derjenigen, die keinen Sprachkurs besucht hatten, lebten bereits seit mehr als zwei Jahren in Deutschland. Es muss insgesamt also von einem deutlichen Sprachbildungs- und insbesondere Beratungsbedarf ausgegangen werden.

5 Erwerbstätigkeit

Neben einem zügigen und fundierten Spracherwerb ist auch die Teilhabe an Arbeitsmarkt und Beschäftigung eine wichtige Voraussetzung für eine gelingende Integration. Zugleich sind in der Regel ausreichende Deutschkenntnisse eine wichtige Basis, um erfolgreich am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Deutschkenntnisse und Erwerbstätigkeit

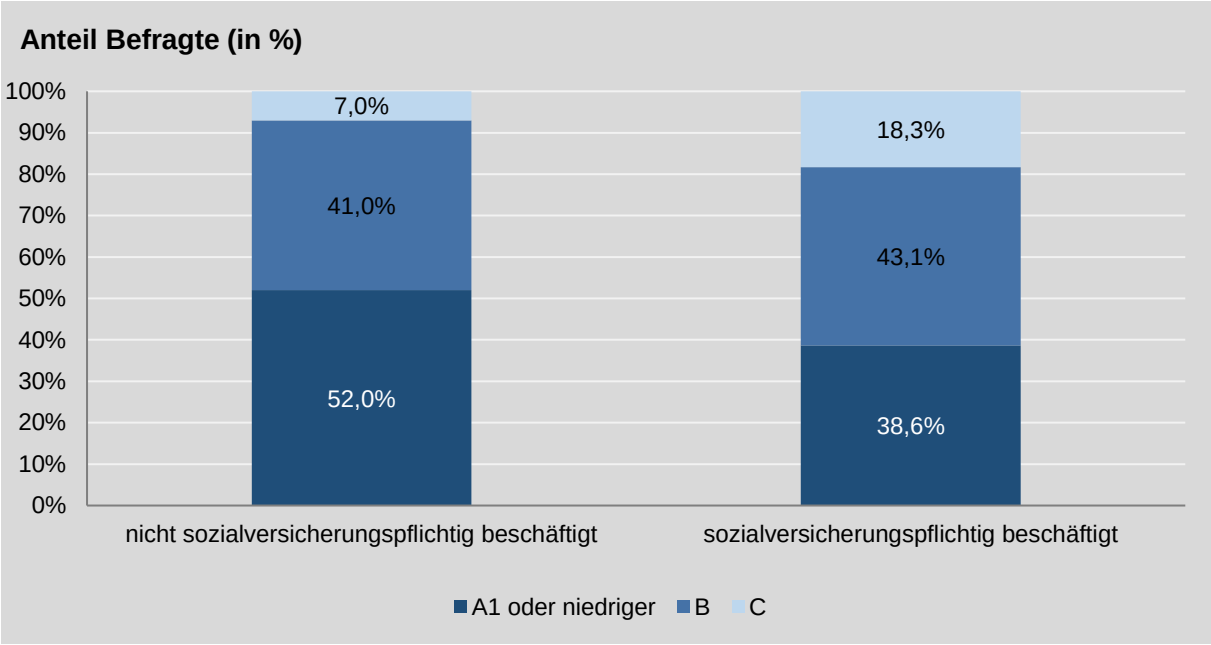
Von den Befragten, die angaben, kaum Deutschkenntnisse vorzuweisen (A1 oder niedriger), war zum Zeitpunkt der Befragung über die Hälfte nicht erwerbstätig. Unter den Beschäftigten war das Sprachniveau zudem insgesamt etwas höher, als unter denen, die keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hatten. Nur sieben Prozent derjenigen, die nicht sozialversichert beschäftigt waren, hatten eine hohes Sprachniveau (C) vorzuweisen (**Abb. 6**).

Deutlich zeigte sich, dass mit dem Sprachniveau auch die Arbeitsstundenanzahl anstieg. So waren über 90 Prozent der Teilnehmenden auf Muttersprachniveau (C2) in Vollzeit erwerbstätig.

[15] Zugewanderte aus EU-Staaten haben keinen Rechtsanspruch auf einen Integrationskurs. Sie können aber auf Anfrage vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Teilnahme zugelassen werden. In den vergangenen Jahren konnten aufgrund eines Mangels an verfügbaren Kursplätzen nicht alle Bedarfe gedeckt werden. Die Erfahrung der Sprachberatung in der Zentralen Anlaufstelle Migration (ZAM) - Beratung zeigt allerdings, dass EU-Bürgerinnen und -bürger häufig nicht ausreichend über die Möglichkeiten einer Teilnahme am Integrationskurs sowie über Möglichkeiten der Kostenübernahme informiert sind.

[16] Einen Überblick über das Angebot an niedrigschwelligen Sprachkurs bietet die von Bildungsbüro und Zentrale Anlaufstelle Migration (ZAM) - Beratung entwickelte „Sprachmatrix“: https://docs.google.com/spreadsheets/d/1pEunc-KhW_yj8BUS7gzTXq-5kiTkubgfPDeKG2kuJzo/edit#gid=592317695

Abb. 6: Erwerbstätigkeit nach Sprachniveau

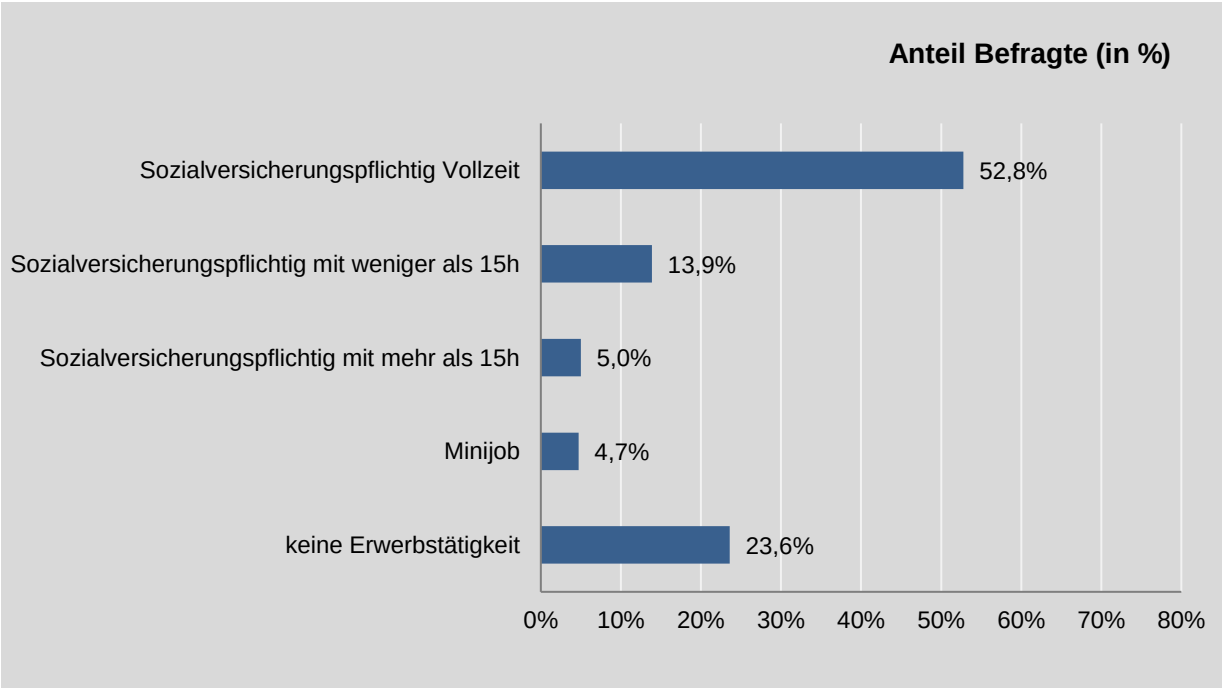


Quelle: Eigene Erhebung; n = 346.

Erwerbsbeteiligung

275 Personen gaben an, erwerbstätig zu sein, das sind 76,4 Prozent der Befragten. Knapp 10 Prozent der Befragten arbeiteten mit weniger als 15 Stunden oder in einem Minijob in niedriger Teilzeit (**Abb. 7**).

Abb. 7: Art der Erwerbstätigkeit



Quelle: Eigene Erhebung; n = 360.

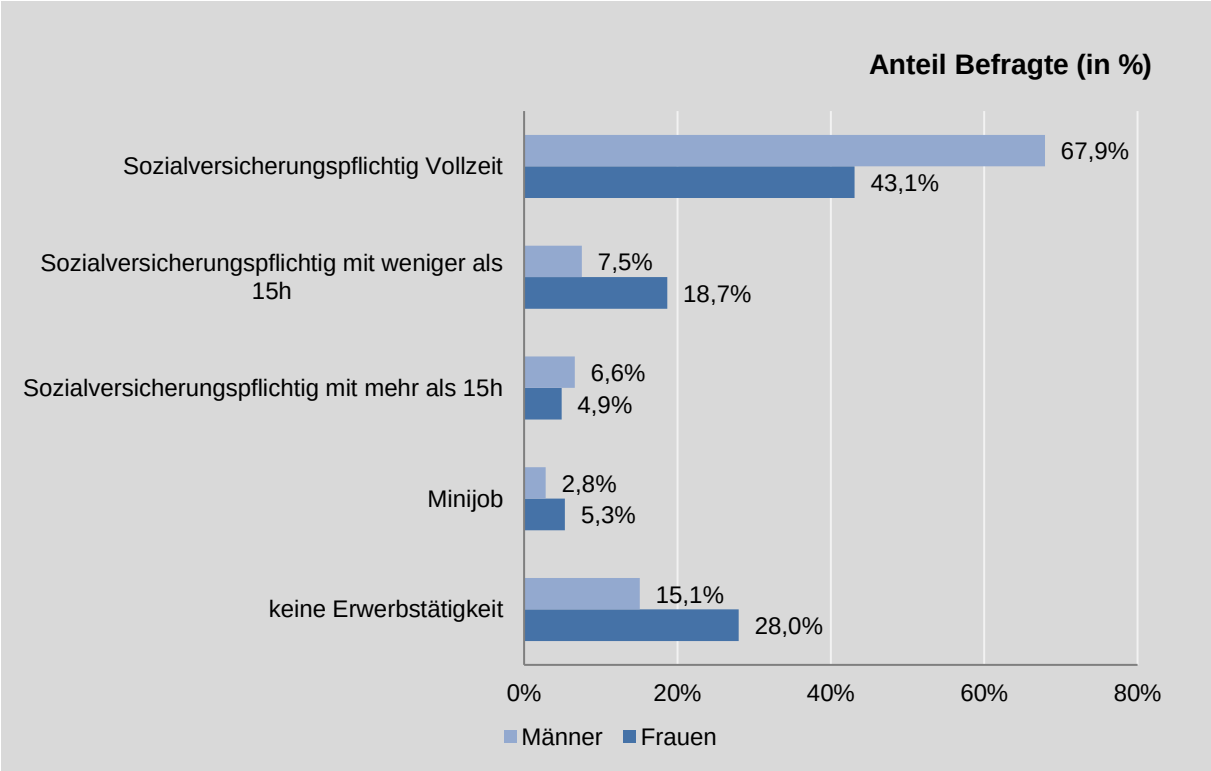
Mehrfachbeschäftigung

Insgesamt 17 Personen gaben an, mehrere Jobs gleichzeitig auszuüben bzw. ausüben zu müssen. Unerwarteterweise handelte es sich dabei zu einem großen Teil nicht um Personen mit mehreren Teilzeitjobs, sondern zehn von diesen 17 Personen gaben an, neben einem Vollzeit-Job noch eine weitere Tätigkeit auszuüben. Betroffen von dieser mehrfachen Arbeitsbelastung waren hauptsächlich Frauen (86,7 Prozent) sowie Personen, die eher weniger gut bezahlte Tätigkeiten ausführen, beispielsweise vier Personen im Gesundheitsbereich, zwei als Kraftfahrer und zwei als Reinigungskräfte. Die Deutschkenntnisse in dieser Gruppe waren heterogen, überschritten aber sehr selten das B-Niveau (nur eine Person). Bis auf eine Person brachten alle ausschließlich in Rumänien erworbene Abschlüsse mit, hatten also in Deutschland keinen zusätzlichen Abschluss erworben. Trotz ihrer prekären Beschäftigung wies der überwiegende Teil (sehr) hohe Bildungsabschlüsse vor. Fünf Personen hatten einen Universitätsabschluss, sieben einen rumänischen Gymnasialabschluss und drei eine Ausbildung absolviert (zu zwei Personen liegen keine Angaben zu Bildung vor). Knapp die Hälfte (8) von ihnen hatte noch nie eine Beratungsstelle besucht.

Erwerbstätigkeit und Geschlecht

Bei einer geschlechterspezifischen Betrachtung der Erwerbstätigkeit, fällt auf, dass Männer sich häufiger in Beschäftigung befanden als Frauen (**Abb. 8**):

Abb. 8: Erwerbstätigkeit nach Geschlecht



Quelle: Eigene Erhebung; n = 331.

So gingen 15,1 Prozent der Männer und 28,0 Prozent der Frauen zur Zeit der Befragung keiner bezahlten Tätigkeit nach. Zudem befanden sich Frauen seltener in einer Vollzeittätigkeittätigkeit und übten häufiger Minijobs aus.

Die Gründe für die Nicht-Erwerbstätigkeiten wurden nicht explizit abgefragt. Allerdings gaben über die Hälfte der Frauen (53,2 Prozent), die keine Beschäftigung ausübten, an, ein oder mehrere Kinder im Haushalt zu haben. Es kann also vermutet werden, dass ein Grund in der Betreuung von Kindern liegt. Diese Vermutung wird gestützt, betrachtet man das Alter der Befragten in Zusammenhang mit ihrer Erwerbstätigkeit. So war die „Nicht-Erwerbstätigkeit" unter den 26 bis 35-Jährigen am höchsten (26 Prozent), also in einem Alter, in dem die Kinder häufig kleiner sind. Sie nahm dann mit zunehmenden Alter ab.[17]

Erwerbstätigkeit und Aufenthaltsdauer

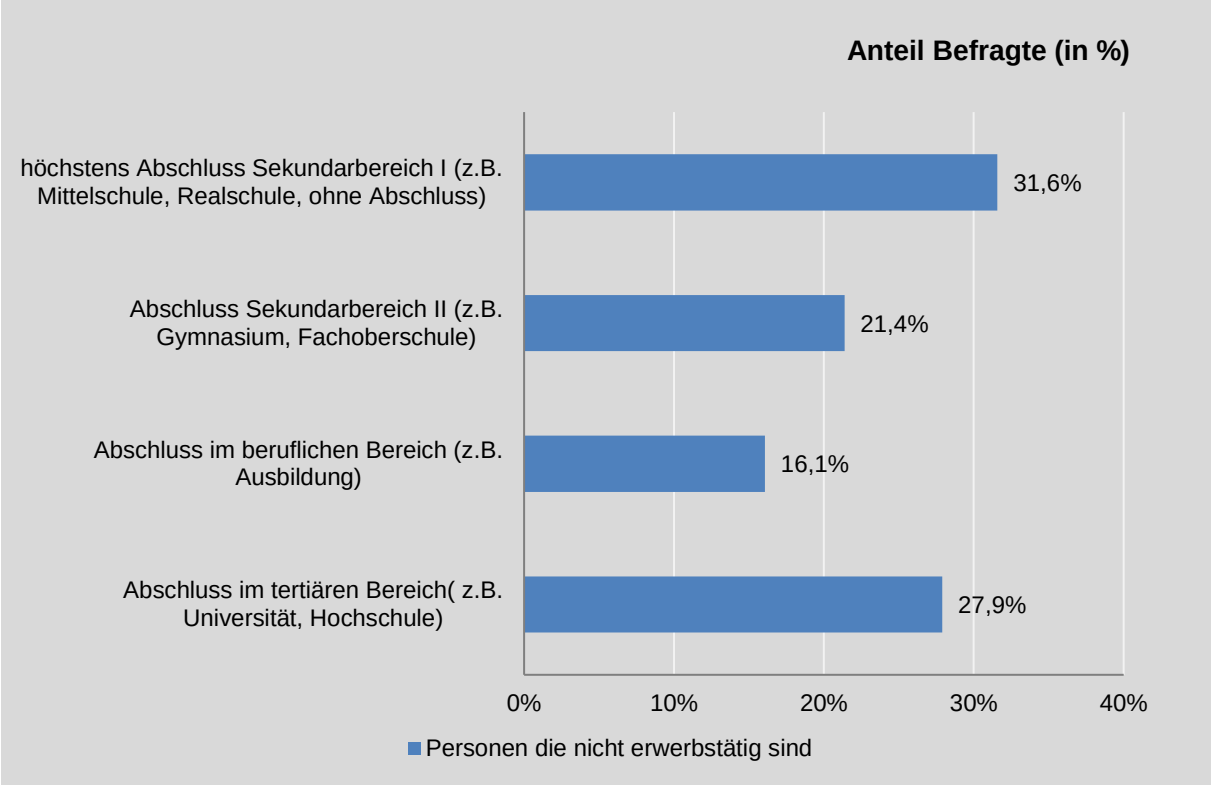
Deutlich sichtbar war auch die Auswirkung der Aufenthaltsdauer auf die Erwerbstätigkeit. Unter den Personen, die weniger als fünf Jahre in Deutschland wohnten, gab es mit 31,5 Prozent überdurchschnittlich viele Personen, die keine Erwerbstätigkeit ausübten. Mit einer Aufenthaltsdauer von fünf bis zehn Jahren sank dieser Anteil um die Hälfte auf 15,5 Prozent und bei Personen, die schon mehr als zehn Jahre in Deutschland lebten noch weiter auf 14,1 Prozent.

Erwerbstätigkeit und Bildungsabschluss

Aufschlussreich ist auch der Blick auf Erwerbsbeteiligung und Bildungsabschluss (**Abb. 9**). Der Anteil der Nicht-Erwerbstätigen Personen war bei denjenigen mit niedrigem Bildungsabschluss mit 31,6 Prozent am höchsten. Allerdings ist die Fallzahl an Personen, die einen solchen Abschluss hatten, insgesamt mit 19 Befragten sehr niedrig und daher nur bedingt interpretierbar. Auffällig war der Anteil jener nicht erwerbstätigen Befragten mit tertiärem Abschluss, denn mit 27,9 Prozent war dieser am zweithöchsten. Am niedrigsten war der Anteil der „Nicht-Erwerbstätigen" bei denjeningen Befragten, die einen Abschluss im beruflichen Bereich vorweisen können. Hierbei spielen sicherlich der Fachkräftemangel und die gute Arbeitsmarktlage im berufsbildenden Bereich eine große Rolle.

[17] Bei den Befragten im Alter von 36 bis 45 sind 23,4 Prozent nicht erwerbstätig und bei den 46- bis 55-Jährigen lediglich 17,9 Prozent.

Abb. 9: Anteil nicht Erwerbstätiger nach Bildungsabschluss



Quelle: Eigene Erhebung; n = 353.

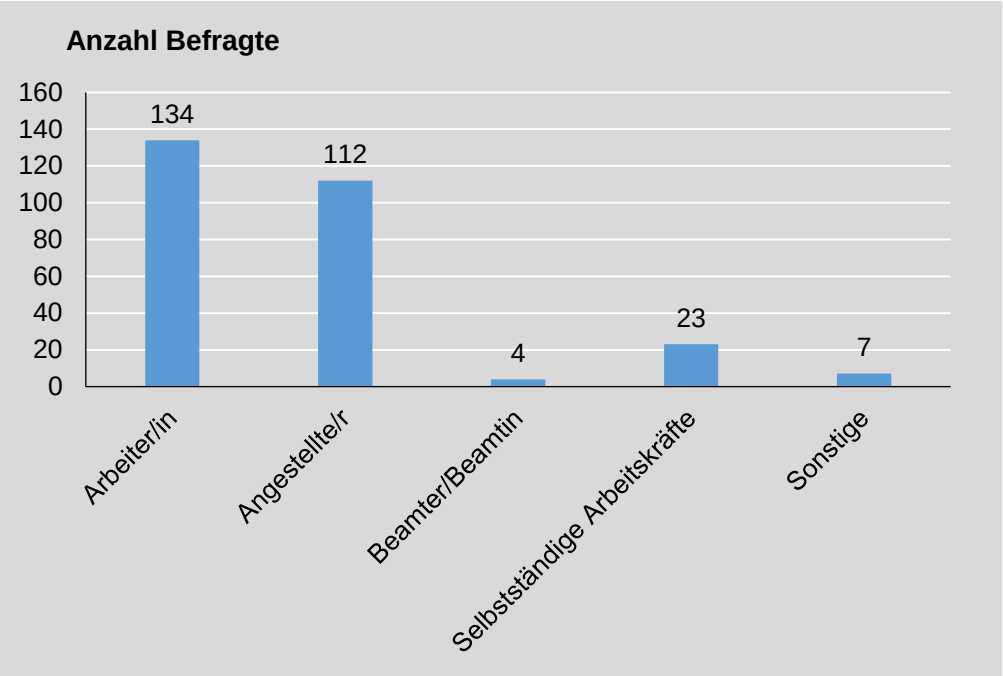
Berufliche Stellung

Fast die Hälfte (47,9 Prozent) der Befragten gab an, als Arbeiter/-innen tätig zu sein (**Abb. 10**), hiervon wiederum circa drei Viertel (73,4 Prozent) als Helfer/-innen, ein Viertel (25,0 Prozent) als Facharbeiter/-innen, nur zwei Personen befanden sich in einer höheren Stellung als Vorarbeiter/-in oder Meister/-in.

Die unter den Befragten am häufigsten genannten Berufsgruppen, in denen sie zur Zeit der Befragung tätig waren, waren Transportdienstleistungen (Bus-, LKW-, Kurierfahrer/-in), soziale und gesundheitsbezogene Dienstleistungen (Pflegefachkraft, Pflegehelfer/-in, Erzieher/in, Tagesmutter) sowie Produktionsberufe (Schreiner/-in, Bauarbeiter/-in) und Handelsdienstleistungen (Verkäufer/-in, Lagerist/-in).

Neben Arbeiter/-innen waren auch viele Angestellte (40 Prozent) sowie einige wenige Beamte, Selbstständige und freiberuflich tätige Personen vertreten. Von den Angestellten arbeiteten die meisten in qualifizierten (49,1 Prozent) bzw. hoch qualifizierten Tätigkeiten (29,2 Prozent). Die Teilnehmenden waren in einer großen Bandbreite von Berufsfeldern tätig, vom Buchhalter über Informatiker/-innen, Ingenieur/-innen, Betriebswirt/-innen hin zu Ärzt/-innen.

Abb. 10: Berufliche Stellung



Anmerkung: Die Kategorie "Selbstständige Arbeitskräfte" beinhaltet Selbstständige, freiberuflich Tätige und freie Mitarbeitende. Die Kategorie "Sonstige" beinhaltet mithelfende Familienangehörige und sonstige Angaben.

Quelle: Eigene Erhebung; n=280.

Berufliche Stellung nach Prestige-Index

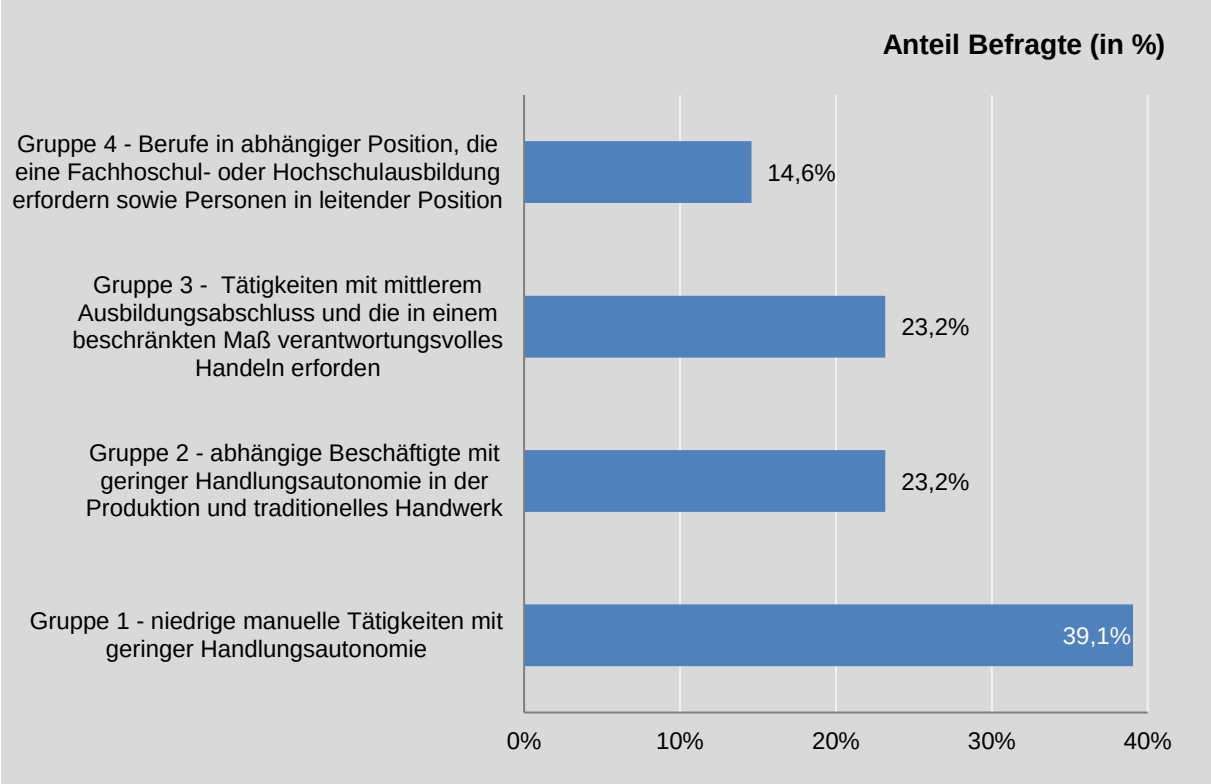
Für die folgenden Auswertungen wurden oben beschriebene Variablen zu einem sogenannten Prestige-Index zusammengefasst, der es erlaubt, die Angaben zur beruflichen Stellung miteinander zu vergleichen.[18] [19] Gruppe 1 bezeichnet vor allem niedrig bewertete manuelle Tätigkeiten mit sehr geringer Handlungsautonomie. Gruppe 2 umfasst abhängige Beschäftigungen mit geringer Handlungsautonomie, vor allem in der Produktion sowie das traditionelle Handwerk von der Nahrungsmittelproduktion bis zur Stoff-, Holz- und Metallverarbeitung. Gruppe 3 umfasst Tätigkeiten, die einen mittleren Ausbildungsabschluss voraussetzen, und die in einem beschränkten Maße verantwortungsvolles Handeln erfordern, wie Hebamme, medizinisch-technische Assistentin, Techniker/-in, Mechaniker/-in, Supervisor/-in in der Produktion oder Makler/-in. Gruppe 4 und 5 umfasst Berufe in abhängiger Position, die eine Fachhoch- oder Hochschulausbildung voraussetzen sowie Personen mit leitenden Tätigkeiten.

[18] Die Codierung orientiert sich an: Hoffmeyer-Zlotnik, J. H. P. (2003): "Stellung im Beruf" als Ersatz für eine Berufsklassifikation zur Ermittlung von sozialem Prestige. ZUMA Nachrichten, 27(53), 114-127.

[19] Es wurden nur Arbeiter/-innen, Angestellte und Beamt/-innen mit einbezogen. Die beiden höchsten Stufen des eigentlich 5-stufigen Index wurden aufgrund fehlender Differenzierungsmöglichkeiten zusammengefasst.

Es zeigte sich, dass der Großteil der von den Befragten ausgeübten Tätigkeiten (39,1 Prozent) der niedrigsten Prestige-Gruppe zuzuordnen waren (**Abb. 11**). Die Befragten dieser Gruppe übten niedrige manuelle Tätigkeiten mit geringer Handlungsautonomie aus, die zumeist mit einem niedrigen sozioökonomischen Status verbunden sind. Nahezu jeder vierte der Befragten arbeitete in einem Beruf mit mittlerem Prestige und nur circa 15 Prozent in einem Beruf mit hoher oder sehr hohen Stellung.

Abb. 11: Stellung im Beruf nach Gruppen



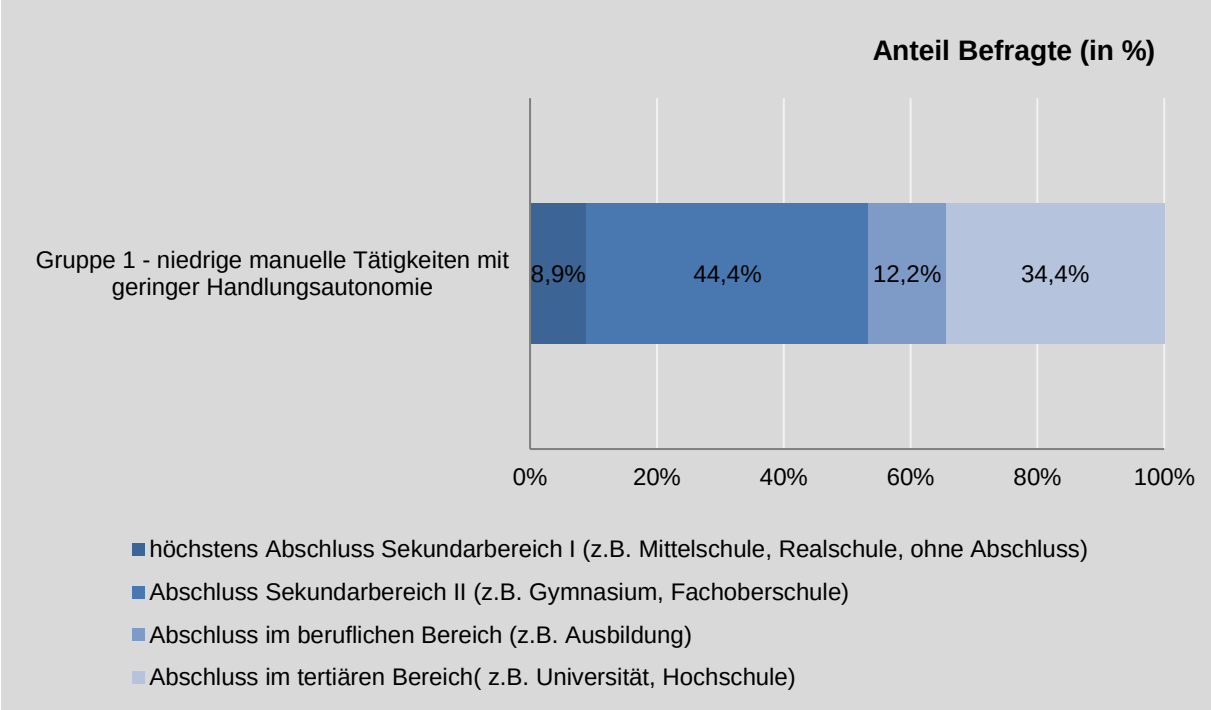
Quelle: Eigene Erhebung; n = 233.

Zu bewerten sind diese Erkenntnisse vor allem vor dem Hintergrund der hohen Bildungsabschlüsse der Teilnehmenden (vgl. Kapitel 2). Es ist nicht nur für die Personen selbst, sondern auch volkswirtschaftlich problematisch, wenn sie nicht ausbildungsadäquat – beispielsweise in niedrigen Hilfsarbeiterjobs – beschäftigt sind. Individuell, da diese Jobs mit niedrigem Einkommen und Prestige sowie häufig mit Unterforderung verbunden sind. Gesellschaftlich und wirtschaftlich, da Potentiale nicht ausgeschöpft werden und dies insbesondere vor dem Hintergrund des aktuellen Fachkräftemangels.

Abbildung 12 zeigt alle Personen aus Gruppe 1 mit manuellen Tätigkeiten, die nur ein (sehr) niedriges Qualifikationsniveau erfordern, nach ihrem Bildungsabschluss und verdeutlicht das Ausmaß dieser Problematik. 34,4 Prozent derjenigen, die mit ihrer beruflichen Stellung Gruppe 1 zugeordnet sind, hatten einen Hochschulabschluss. Oder um es anders auszudrücken: Unter allen Befragen mit

Hochschulabschluss arbeiteten nahezu die Hälfte (44,7 Prozent) in einem Beruf, der nur ein niedriges oder sehr niedriges Qualifikationsniveau erfordert.

Abb. 12: Stellung im Beruf nach Bildungsabschluss



Quelle: Eigene Erhebung; n = 90.

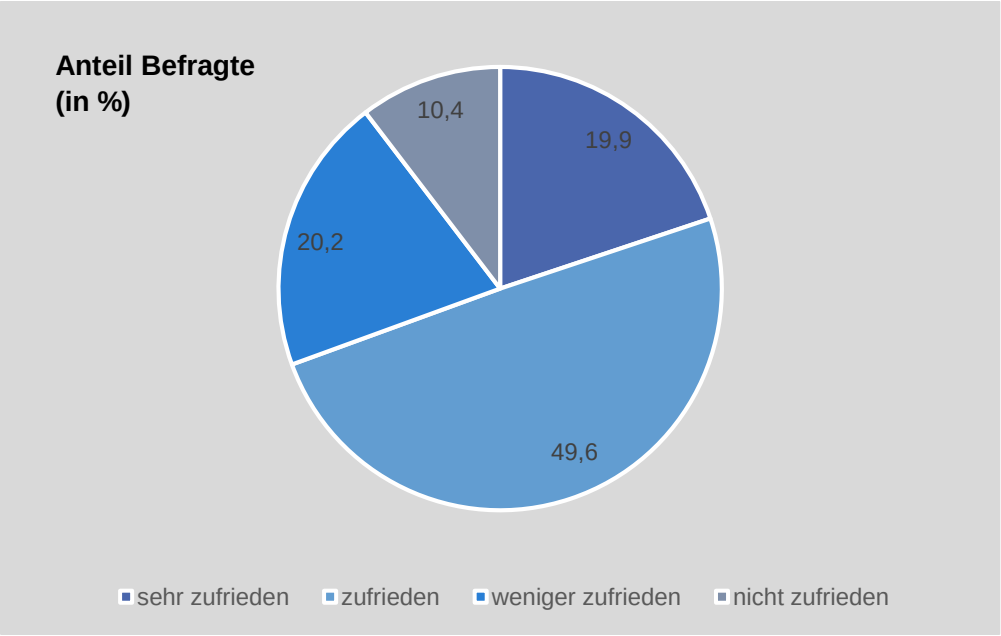
Zufriedenheit mit dem Berufsleben

Ein weiterer Verweis auf diese Problematik ist die Tatsache, dass 59,2 Prozent der Befragten angaben, aktuell nicht in ihrem Wunschberuf zu arbeiten. Auf die Frage, warum sie dies nicht tun, gibt der überwiegende Anteil (53,7 Prozent) an, dass sie keine Stelle gefunden hätten. Etwa ein Fünftel (20,4 Prozent) antwortete, dass die jetzige Tätigkeit ein besseres Einkommen böte. Als dritthäufigster Grund wurde genannt, dass bessere Deutschkenntnisse die Voraussetzung (15 Personen) für den gewünschten Beruf wären, gefolgt von Schwierigkeiten bei Anerkennung von Abschlüssen und Zertifikaten (zwei Personen).

Dennoch geben viele Personen (ca. 70 Prozent) an, zufrieden oder sehr zufrieden mit ihrem bisherigen Berufsleben zu sein (**Abb. 13**). 20,2 Prozent der Befragten waren weniger zufrieden und nur 10,4 Prozent gar nicht zufrieden mit ihrem bisherigen Berufsleben.

Betrachtet man nur Personen, die in einem Beruf mit niedrigem Prestige und Qualifikationsniveau (Gruppe 1) arbeiteten, verkehrt sich dies allerdings deutlich. Über die Hälfte der Befragten (52,4 Prozent) waren wenig oder überhaupt nicht zufrieden mit ihrem bisherigen Berufsleben.

Abb. 13: Zufriedenheit mit dem Berufsleben



Quelle: Eigene Erhebung; n=337.

6 Kontakt zu Beratungsstellen, Vereinen und Migrantenorganisationen

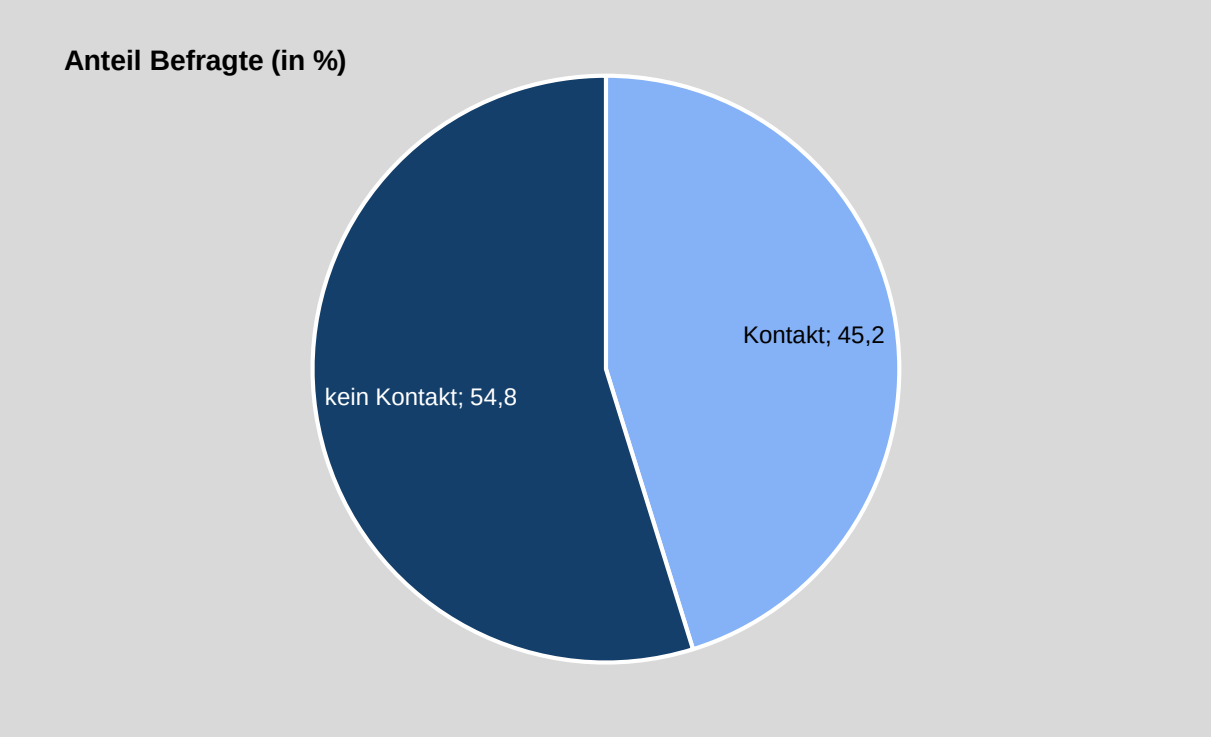
Das deutsche (Berufs-)Bildungssystem unterschiedet sich in verschiedener Hinsicht von den Systemen anderer Länder. Beispielsweise findet man das duale Ausbildungssystem nur in Deutschland, Österreich oder der Schweiz vor. Nicht nur deswegen ist es wichtig, dass Menschen, die neu nach Deutschland kommen, ausreichend über (Weiter-)Bildungsmöglichkeiten informiert werden.

Ein Warnhinweis ist daher, dass 200 Personen, also über die Hälfte (54,8 Prozent) derjenigen, die die Fragen zur Beratung beantwortet haben, weder jemals eine Beratungsstelle aufgesucht hatte, um sich zur beruflichen (Weiter-)Bildung zu informieren, noch Kontakt zu einem Verein oder einer Migrantenorganisation aufgenommen hatte (**Abb. 14**). Betrachtet man die Kontaktaufnahmen zu Beratungen nicht insgesamt, sondern ohne die meist verpflichtenden Beratungen im Jobcenter, nahmen sogar lediglich 41,2 Prozent der Befragten Kontakt zu einer Migrantenorganisation oder einem Verein auf oder ließen sich zu (Weiter-)Bildung beraten.[20] Bei den 18- bis 35-Jährigen besuchten sogar

[20] Die Beratungssituation beim Jobcenter im Rahmen der Arbeitsvermittlung unterscheidet sich in der Regel von anderen Beratungssituationen. Zum einen findet die Beratungssituation im Rahmen einer Vertragsbeziehung statt. Sie ist nicht im originären Sinne freiwillig, da die Beratung in der Arbeitsvermittlung eine der Bedingungen ist, um Arbeitslosengeld-II-Leistungen der steuerfinanzierten Grundsicherung zu erhalten. Es wird eine rechtsverbindliche Eingliederungsvereinbarung abgeschlossen, auf deren Basis gegebenenfalls auch Sanktionen ausgesprochen werden können. Zum anderen ist diese Beratungssituation nicht zieloffen, da die Interessen der Beratungssuchenden nicht allein im Vordergrund stehen (vgl. Freier, Carolin (2021): Beratung im Aktivierungsparadigma. Macht die Eingliederungsvereinbarung einen Unterschied? In: Soziale Passagen – Journal für Empirie und Theorie Sozialer Arbeit).

lediglich 42,3 Prozent eine Beratungsstelle (ohne Jobcenter: 37,8 Prozent). Unter den zum Befragungszeitpunkt nicht erwerbstätigen Personen ließen sich nur 44,4 Prozent (ohne Jobcenter: 37,0 Prozent) beraten.

Abb. 14: Kontakt zu Beratungsstellen, Vereinen oder Organisationen

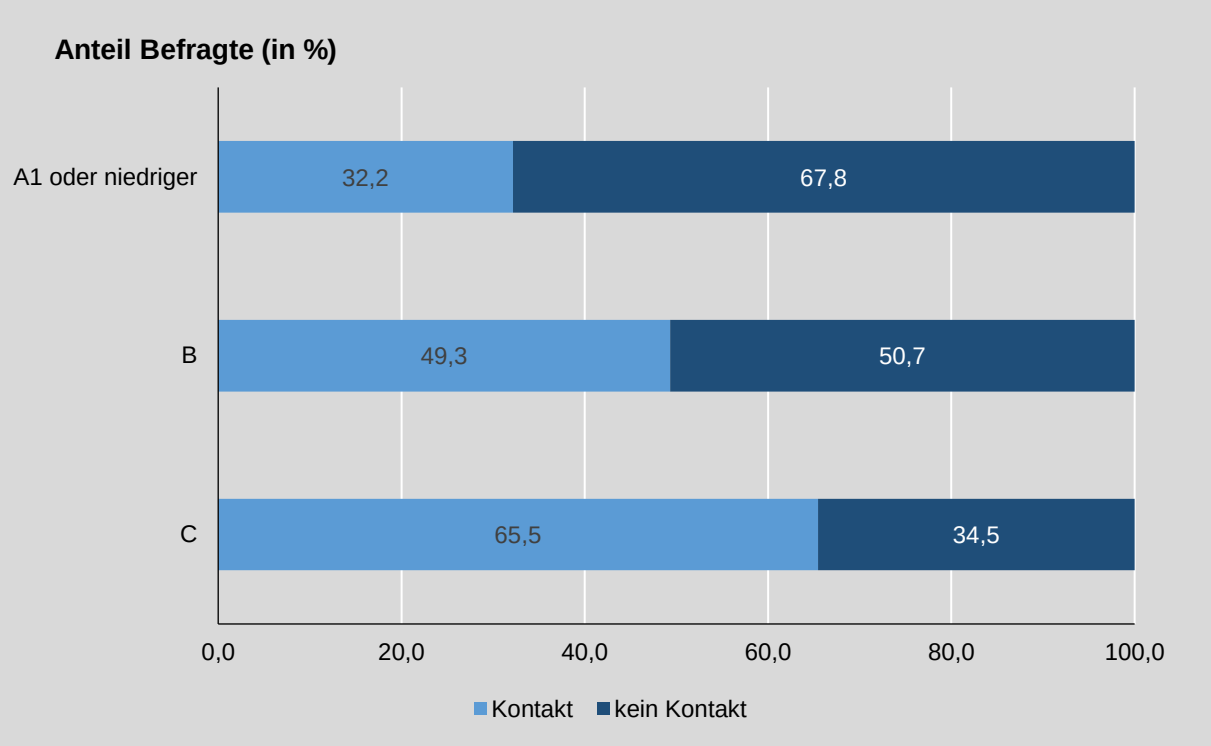


Quelle: Eigene Erhebung; n=365.

Kontaktaufnahme zu Beratungsstellen und Sprachstand

Betrachtet man die Inanspruchnahme von Beratungsleistungen in Verbindung mit den Sprachkenntnissen der Befragten, lassen sich deutliche Unterschiede in der Kontaktaufnahme nach Sprachniveau erkennen (**Abb. 15**): Lediglich 32,2 Prozent derjenigen mit A1-Niveau oder niedriger hatten Kontakt mit einer Beratungsstelle (ohne Jobcenter: nur 22,4 Prozent). Bei jenen mit B-Niveau ließen sich circa die Hälfte (49,3 Prozent) und mit C-Niveau 65,5 Prozent beraten.

Abb. 15: Kontakt zu Beratungsstellen, Vereinen oder Migrantenorganisationen nach Sprachniveau



Quelle: Eigene Erhebung; n=205.

Von den Befragten, die in Deutschland einen Sprachkurs besucht hatten, gab circa die Hälfte der Personen (50,6 Prozent; ohne Jobcenter: 42,4 Prozent) an, sich bei einer Beratungsstelle, einem Verein oder einer Migrantenorganisation informiert zu haben. Von denjenigen, die keinen Kurs besucht hatten, informierte sich lediglich ein Drittel bei Beratungsstellen, Vereinen oder Migrantenorganisationen.

Berufliche Stellung und Beratung

Die berufliche Stellung betreffend ist erkennbar, dass Personen mit (sehr) hoher beruflicher Stellung zu 55,9 Prozent bei einer Beratungsstelle waren, und 63,3 Prozent derjenigen mit mittlerer Stellung. Besonders auffällig ist jedoch, dass sich lediglich 33,6 Prozent mit (sehr) niedriger Stellung beraten ließen.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass viele Befragte in Deutschland noch keine Beratungsstellen, Organisationen und Vereine aufgesucht haben, und das, obwohl es sich hier um eine Gruppe handelt, die womöglich stark von Informationen beispielsweise zu Finanzierung von Sprachkursen sowie zur Anerkennung von Abschlüssen etc. profitieren würde. Deutlich wird jedoch auch, dass innerhalb dieser Gruppe große Unterschiede bestehen, wenn es um die Erreichbarkeit im Hinblick auf die Beratungen

geht. Hier sollten in Zukunft verstärkt Menschen mit (sehr) geringen Deutschkenntnissen, mit (sehr) niedriger beruflicher Stellung sowie nicht Erwerbstätige als Zielgruppe in den Blick genommen werden.

Art der Kontaktaufnahmen: Welche Beratungsstellen wurden aufgesucht?

Zudem wurden die Teilnehmenden gefragt, bei welchen (kostenlosen) Beratungsstellen sie sich zu ihren beruflichen (Weiterbildungs-)Möglichkeiten in Deutschland informiert und zu welchen Einrichtungen und Vereinen sie bisher Kontakt aufgenommen hatten. Dabei waren Mehrfachantworten möglich (**Tab. 1**).

Tab. 1: Kontakte zu Beratungsstellen, Vereinen oder Organisationen

Kontakt zu Beratungsstellen, Vereinen oder Organisationen	Anzahl Kontakte	Anteil Kontakte (in %)
Arbeitsagentur	88	35,6
Jobcenter	44	17,8
ZAQ – Zentrale Servicestelle zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen (am Bildungszentrum Nürnberg)	25	10,1
Migrant/innenorganisation	22	8,9
Industrie- und Handelskammer (IHK) Nürnberg für Mittelfranken	18	7,3
Bildungsberatungsstelle am Bildungszentrum der Stadt Nürnberg	12	4,9
Migrationsberatungsstellen	13	5,3
Handwerkskammer für Mittelfranken	6	2,4
Sonstiges	19	7,7
Kontakte insgesamt	**247**	**100,0**

Quelle: Eigene Erhebung; n=165.

Von 247 Kontaktaufnahmen dienten 35,6 Prozent dazu, Beratungsleistungen der Agentur für Arbeit (88 Personen) und 17,8 Prozent des Jobcenters (44 Personen) in Anspruch zu nehmen. 25 Personen (10,1 Prozent der Kontaktaufnahmen) wandten sich an die Zentrale Servicestelle zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen in der Metropolregion Nürnberg (ZAQ)[21]. Außerdem wurden Beratungsleistungen der IHK Nürnberg für Mittelfranken (18 Personen), der Bildungsberatungsstelle am Bildungszentrum der Stadt Nürnberg (12 Personen) und der Handwerkskammer für Mittelfranken (6 Personen) in Anspruch genommen. Dreizehn Personen ließen sich von einer Migrationsberatungsstelle zu beruflichen (Weiterbildungs-)Möglichkeiten beraten.

[21] Hier finden jene Personen professionelle Beratung, die ihren im Ausland erworbene Abschluss auf Gleichwertigkeit überprüfen lassen wollen. Man erfährt hier beispielsweise, wer für die Anerkennung des eigenen Abschlusses zuständig ist, wie das Anerkennungsverfahren abläuft und welche Kosten möglicherweise auf einen zu kommen.

In den offenen Antwortfeldern wurde immer wieder Unsicherheit darüber formuliert, an welche Stelle man sich wenden könne. Gleichzeitig wurden im Hinblick auf die Frage nach beruflichen Möglichkeiten beispielsweise Migrationsberatungsstellen selten genannt. Sie werden demnach bei Fragen zum Thema Arbeit oder Weiterbildung kaum als Ansprechpartner in Betracht gezogen, obwohl sie insbesondere als Verweisberatung an spezialisierte Beratungsstellen weitervermitteln.

Andererseits wurden in den offenen Feldern immer wieder verschiedene Vereine bzw. Migrantenorganisationen (8,9 Prozent, 22 Personen) als Ansprechpartner genannt, beispielsweise DACIA e.V., der ARS LONGA e.V. Nürnberg - Verein für interkulturelle Begegnung, die Landsmannschaft der Banater Schwaben, der Verband der Siebenbürger Sachsen, Romanima e.V., IntegRO Mittelfranken e.V. oder das Haus der Heimat e.V. Nürnberg.

7 Fazit und Handlungsempfehlungen

Die Befragung hat eine sehr heterogene Gruppe von Menschen mit unterschiedlichen Bildungsbiographien und Sprachkenntnissen erreicht. Auffällig war das sehr hohe Bildungsniveau vieler Befragten. Ihre Bildungsabschlüsse hatten die meisten in Rumänien erworben, einige hatten sich dann in Deutschland weiterqualifiziert. Vor diesem Hintergrund ist die Frage nach der Anerkennung von Bildungsabschlüssen von großer Bedeutung. Ziel muss es sein, die oft hochqualifizierten Rumäninnen und Rumänen ausbildungsadäquat zu beschäftigen.

Spracherwerb

Im Hinblick auf gesellschaftliche Integration kommt der deutschen Sprache eine Schlüsselfunktion zu. Für einen schnellen und guten Spracherwerb sind die individuellen Lernvoraussetzungen ausschlaggebend. Durch das insgesamt (sehr) hohe Bildungsniveau und den damit einhergehenden Erfahrungen mit zertifikatsbezogenem, formalem Lernen brachten die Befragten überwiegend sehr gute Ausgangsbedingungen mit. Dennoch war der Sprachstand der Befragten sehr heterogen. Nur etwas mehr als die Hälfte von ihnen schätzten ihre Deutschkenntnisse als gut oder sehr gut ein. Jene, die schon länger in Deutschland lebten, wiesen insgesamt höhere Deutschkenntnisse auf, doch zugleich zeigte die Befragung, dass ein langer Aufenthalt nicht automatisch den Erwerb von Deutschkenntnissen mit sich bringt. Mit steigendem Bildungsabschluss nahm tendenziell das Deutschniveau zu. Allerdings hatte über die Hälfte der Personen mit einem in Rumänien erworbenen Universitätsabschluss Deutschkenntnisse nur auf B1-Niveau oder niedriger. Das hohe Potential dieser Gruppe der Hochqualifizierten aus Rumänien kann sich so häufig nicht entfalten.

Erwerbstätigkeit

Betrachtet man die Arbeitsmarktintegration im Zusammenhang mit den Sprachkenntnissen, zeigt sich, dass über die Hälfte der Befragten, die zum Befragungszeitpunkt (sehr) niedrige Deutschkenntnisse angaben, nicht erwerbstätig waren. Zudem waren unter den Befragten mehr Frauen als Männer nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt, viele von ihnen hatten Kinder. Überdurchschnittlich häufig übten Personen keine Erwerbstätigkeit aus, die weniger als fünf Jahre in Deutschland leben. Für eine gelingende Arbeitsmarktintegration sollte daher ein besonderer Fokus auf Neuzugewanderten liegen.

Ein großer Teil der Befragten arbeitete in Bereichen, die ihrer Qualifikation nicht entsprachen. Fast die Hälfte der Befragten gab an als Arbeiter/-innen tätig zu sein, hiervon wiederum circa drei Viertel als Helfer/-innen. Zugleich hatten drei Viertel der Befragten (sehr) hohe Bildungsabschlüsse vorzuweisen. Auch hatte mehr als jede/r dritte Befragte, der/die eine Helfertätigkeit ausübt, einen Hochschulabschluss bzw. nahezu die Hälfte der Befragten mit Hochschulabschluss arbeitete in einem Beruf, der nur ein niedriges oder sehr niedriges Qualifikationsniveau erforderte.

Besonders verdeutlicht wird diese Problematik zudem durch die Personen, die angaben, mehreren Beschäftigungen nachzugehen. Von dieser Mehrfachbelastung sind Befragte in niedrig bezahlten Jobs betroffen, viele hiervon gehen neben ihrer Vollzeitarbeit einer weiteren Tätigkeit nach. Dies führt zu einem Kreislauf von prekären Arbeitsverhältnissen, niedrigem Gehalt, vielen Arbeitszeitstunden und damit verbunden kaum Zeit für den Deutschspracherwerb. Auch der Großteil dieser Mehrfachbeschäftigten hatten (sehr) hohe Bildungsabschlüsse vorzuweisen.

Es stellt sich zudem die Frage, ob der große Anteil der Befragten mit (Fach-)Hochschulabschluss (circa ein Drittel), deswegen nicht erwerbstätig war, weil sie keine ausbildungsinadäquate Beschäftigung fanden.

Beratung

Um in Deutschland zügig einer ausbildungsadäquaten Beschäftigung nachgehen zu können, braucht es in der Regel ausreichende Sprachkenntnisse, gezielte Weiterbildungen oder die Anerkennung des im Herkunftsland erworbenen Abschlusses. Ohne die Unterstützung von spezifischen Beratungsstellen, ist es sehr schwierig, einen auf die individuellen Voraussetzungen abgestimmten Weg der Bildungs- und Arbeitsmarktintegration einzuschlagen. Von den Befragten hatte jedoch über die Hälfte noch keinen Kontakt zu entsprechenden Beratungsstellen. Dabei wurde es mit zunehmendem Sprachniveau wahrscheinlicher, dass die Person eine Beratungsstelle zu Themen der beruflichen (Weiter-)Bildung aufsuchte. Von den Personen mit (sehr) niedrigen Deutschkenntnissen und von denjenigen mit (sehr) niedriger beruflicher Stellung nahm sogar nur ein Drittel Beratungsleistungen in Anspruch.

Handlungsempfehlungen

Die Ergebnisse der vorliegenden Befragung von Zugewanderten aus Rumänien, zeigen deutliche Zugangshürden für eine Teilhabe an Bildungs- und Beratungsangeboten auf. Um eine adäquate sprachliche und berufliche (Weiter-)Bildung der Zugewanderten sowie eine Anerkennung ihrer im Ausland erworbener Abschlüsse systematisch zu unterstützen, sind daher gezielte Maßnahmen erforderlich. Auf Basis der Befragung ergeben sich folgende Empfehlungen:

- Frühe und ausreichende Informationen über die Strukturen des Bildungssystems, die individuellen Möglichkeiten und Kompetenzen sowie die notwendigen Voraussetzungen für die Teilnahme an Bildungsangeboten sind ein wichtiger Schritt in Richtung Bildungsteilhabe und Arbeitsmarktintegration. Zusammenhänge zwischen Sprachkenntnissen, der Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Erwerbsarbeit sollten transparent dargestellt werden.

- Nicht nur angesichts des Fachkräftemangels müssen sämtliche Anstrengungen gebündelt werden, um die ausbildungsadäquate Beschäftigung bzw. Weiterqualifizierung Zugewanderter zu ermöglichen. Um die Beratungs- und Weiterbildungsstrukturen sowie insbesondere die Zielgruppenansprache weiter zu verbessern, sollte eine noch engere Vernetzung von Kommune, Kammern, Arbeitsagentur, Jobcenter, Hochschulen etc. angestrebt werden.

- Informationsmaterial und Beratungsleistungen, insbesondere zu Anerkennungsmöglichkeiten von Bildungsabschlüssen sowie den dafür notwendigen Sprachvoraussetzungen, sollten auf unterschiedlichen Sprachen zu Verfügung stehen, um den Zuwandernden bereits bei Einreise eine Perspektive aufzuzeigen.

- In der Metropolregion Nürnberg und spezifisch der Stadt Nürnberg mangelt es insgesamt nicht an Beratungsangeboten zu den Themen Sprache, Arbeit und (Weiter-)Bildung. Zu erwähnen sind hier beispielsweise die in Nürnberg angesiedelte Zentralen Servicestelle zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen in der Metropolregion Nürnberg (ZAQ), die zur Anerkennung von Berufsabschlüssen berät, und die Zentrale Anlaufstelle Migration (ZAM) – Beratung, einer gemeinsamen Einrichtung der Stadt Nürnberg und Trägern der freien Wohlfahrtspflege, die einen ihrer Schwerpunkte auf Sprachberatungen gesetzt hat.
  Vor diesem Hintergrund sind Maßnahmen notwendig, die auf die Bekanntmachung dieser Beratungsangebote abzielen. Um die spezifischen Zielgruppen systematisch zu erreichen,

müssen neue Konzepte entwickelt und innovative Wege gegangen werden. Dabei zeigte sich in dieser Befragung, dass die Ansprache über die sozialen Netzwerke sowie in der Muttersprache gute Erfolge bringt. Informationen zu Beratungsstellen und Angeboten können auch mit Unterstützung der Migrantenorganisationen und Kultur(förder)vereine verbreitet werden, oder beispielsweise – wie auch für diese Befragung – über das in Nürnberg aktive Community *Radio Z*. In der Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen und Kulturvereinen besteht auch die Möglichkeit, Informationsmaterial in den jeweiligen Muttersprachen zu entwickeln, um jene zu erreichen, die noch (sehr) niedrige Sprachkenntnisse vorweisen. Auch die Integreat App, die sich derzeit insbesondere an Geflüchtete richtet, könnte um Inhalte und Angebote ergänzt werden, die für Zugewanderte aus EU Ländern besonders relevant sind sowie in weitere Sprachen übersetzt werden.

- Um diejenigen zu erreichen, die nicht von selbst Beratungsstellen aufsuchen, muss die (zielgruppenspezifische) niedrigschwellige, aufsuchende Beratung ausgebaut werden. Hier hat sich die Ansprache in Nachbarschaft und Quartier beispielsweise in Kulturvereinen, Familienzentren, an Stadtteilfesten oder ähnlichen Veranstaltungen bewährt.

- Sinnvoll ist eine enge Zusammenarbeit mit Personen mit einer gelungenen Bildungsintegration aus der Community. Sie können nicht nur als Mediatorinnen und Mediatoren Bildungs- und Beratungsangebote bekannter machen, sondern auch als Vorbilder oder Identifikationsfiguren die Auseinandersetzung mit den eigenen Möglichkeiten anregen.

- Für die Verbesserung der Erreichbarkeit der Zielgruppen sollte eine gezielte Vernetzung der verschiedenen Anlaufstellen intensiviert werden. Um Neuzugewanderte besser zu erreichen, empfiehlt sich eine enge Zusammenarbeit mit dem Einwohnermeldeamt. Dort finden sich alle EU-Bürger/-innen bereits bei Zuzug ein und könnten gezielt mit mehrsprachigem Informationsmaterial versorgt werden. Ein erster wichtiger Schritt ist das Faltblatt zu den Angeboten der Zentralen Anlaufstelle Migration (ZAM) – Beratung und zur Integreat App, das neu aus dem Ausland zugewanderten Personen zum Willkommenspaket für Neubürger/innen mit ausgehändigt wird.

- Personen, die mit Beratungsangeboten zu den Themen Sprache und (Weiter-)Bildung kaum erreicht werden, können zudem in der Alltagswelt angesprochen werden, beispielsweise über Schwangerschafts- oder Familienberatungsstellen. Dazu ist es hilfreich, wenn die verschiedenen Beratungsstellen die wichtigsten Beratungsangebote im Bereich Sprache und

Bildung kennen, um als Lotsen fungieren zu können. Eine Vernetzung und gegenseitige Informationen sowie die gemeinsame Entwicklung kreativer Ideen sollte daher angestrebt werden. Auch in den Bildungseinrichtungen (bspw. bei Sprachkursträgern) sollte (weiterhin) regelmäßig über bestehende Angebote informiert werden. An den Schulen könnte der Kontakt zur Jugendschulsozialarbeit (JaS) ausgebaut werden.

- Grundlagenwissen zur beruflichen Weiterbildung und zur Sprachbildung sollte noch stärker in der Aus- und Weiterbildung von beratenden Berufsgruppen, beispielsweise von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, verankert werden. Eine gezielte Einführung ins Thema berufliche Weiterbildung sowie die Beratungsmöglichkeiten in Nürnberg ist beim nächsten Fachtag Sprache, bei dem neben niedrigschwelligen Sprachkursanbietenden auch Migrationsberatungsstellen teilnehmen werden, geplant.

- Besonders wichtig ist es, den Erfahrungsschatz der unterschiedlichen Vereine, Einrichtungen, Organisationen und Beratungen hinsichtlich Zugänglichkeit und Erreichbarkeit zu nutzen. Ein Austausch über erfolgreiche zielgruppen- und stadtteilspezifische Angebote ist daher anzustreben.